

Die Mär von der existenzsichernden AHV

Arme Rentner, denen die AHV nicht ausreicht, erhalten Ergänzungsleistungen. Doch längst nicht alle Berechtigten erheben Anspruch – die Gründe dafür sind vielfältig.

Chiara Stäheli

Mitte der 60er-Jahre, keine zwanzig Jahre nach der Einführung der AHV, musste sich die Politik eingestehen: Die staatliche Altersvorsorge allein reicht nicht aus, um die Existenz aller Rentnerinnen und Rentner zu sichern. Der seit 1948 in der Bundesverfassung verankerte Grundsatz konnte nicht erfüllt werden. Dass damals auch die obligatorische berufliche Vorsorge noch nicht existierte, verschärfte die Situation: Schätzungsweise 200 000 Personen im Rentenalter waren armutsbetroffen.

Die Politik musste handeln. Gesucht war eine Lösung zur Bekämpfung der Altersarmut. Gefunden hat sie das Parlament in der Einführung der Ergänzungsleistungen. 1965 vom Parlament beschlossen, wurden bereits 1966 die ersten Gelder ausbezahlt. Seither werden Rentnerinnen und Rentner unterstützt, die mit ihrem Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht decken können.

Ursprünglich als Übergangslösung eingeführt, hat sich die «Pensionskasse der kleinen Leute» zu einer wichtigen Stütze des Dreisäulensystems entwickelt. Heute sind die Unterstützungsbeiträge für viele kaum mehr wegzudenken: 2022 bezogen 12,3 Prozent der Rentnerinnen und Rentner Ergänzungsleistungen. Das sind knapp 220 000 Personen. Bund und Kantone geben dafür jährlich rund 3,2 Milliarden Franken aus.

Für Heimaufenthalt fehlt oft das Geld

Oft spiele dieses Geld eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des Heimaufenthalts, schreibt das Bundesamt für Sozialversicherungen in einem Bericht. Auch viele Personen, die nur eine AHV-Rente haben und kaum über Vermögen verfügen, seien auf Ergänzungsleistungen angewiesen.

Doch längst nicht alle, die Anspruch haben, beziehen auch tatsächlich Ergänzungsleistungen. Das zeigt eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Demnach verzichten – bewusst oder unbewusst – geschätzt 15,7 Prozent der zu Hause lebenden Bevölkerung ab 65 Jahren auf ergänzende Leistungen zur AHV, obwohl sie Anrecht auf solche hätten. Das sind rund 230 000 Seniorinnen und Seniorinnen.

Gemäss Mitautor Rainer Gabriel sind viele davon armutsbetroffen: «Würden alle



Über 12 Prozent der AHV-Bezüger erhalten Ergänzungsleistungen, weil das Renteneinkommen nicht ausreicht.

BILD KEY

berechtigten Rentner ihren Anspruch geltend machen, dann könnte die Armutsquote bei Älteren halbiert werden.» Die Resultate würden zeigen, so Gabriel, «dass die Ergänzungsleistungen ihren Auftrag der Armutsbekämpfung nicht flächendeckend erfüllen».

Stellt sich die Frage, warum viele Pensionierte in prekären finanziellen Verhältnissen ihren Anspruch auf Ergänzungsleistungen nicht geltend machen. Im Gespräch mit Fachpersonen zeigt sich: Die Gründe sind vielfältig. Es gibt viele Betroffene, die nicht wissen, dass sie eigentlich Anspruch hätten. Andere wiederum schreckt das komplexe Antragsverfahren ab: Wer Ergänzungsleistungen beantragt, muss sämtliche Vermögenswerte, Ausgaben und Einnahmen offenlegen.

Auch Schamgefühle spielen eine Rolle, wie Peter Burri Follath von Pro Senectute sagt: «Wir wissen aus unseren Sozialbera-

«Wir wissen aus unseren Sozialberatungen, dass sich viele ältere Menschen scheuen, finanzielle Hilfe anzunehmen.»

Peter Burri Follath
Medienverantwortlicher
Pro Senectute

tungen, dass sich viele ältere Menschen scheuen, finanzielle Hilfe anzunehmen. Sie sehen dies als Zeichen von Abhängigkeit oder Versagen.» Dieses Stigma habe seinen Ursprung oft in der fälschlichen Annahme, dass der EL-Bezug einer Form von Sozialhilfe gleichkommt. Vielen sei nicht bewusst, dass auf Ergänzungsleistungen ein Rechtsanspruch bestehe.

Ähnliches beobachtet auch Simone Gretler Heussler. Sie forscht am Institut für soziokulturelle Entwicklung der Hochschule Luzern. Noch immer sei – gerade in der älteren Generation – das Verständnis weit verbreitet, dass man dem Staat nicht zur Last fallen wolle. «Lieber leben diese Menschen am Existenzminimum und schränken sich stark ein», so Gretler Heussler. Sie geht allerdings davon aus, dass sich das in den kommenden Jahrzehnten ändern wird: «Wir beobachten in jüngeren Altersgruppen eine verstärkte Anspruchshal-

tung. Sie denken eher: Was mir zusteht, das nehme ich auch.»

Reichen die Ergänzungsleistungen aus?

Doch bis diese Generation in Rente geht, dauert es. Aus Sicht der Experten braucht es deshalb verstärkt Informations- und Sensibilisierungskampagnen, etwa so, wie das bei den Prämienverbilligungen bereits erfolge. Zudem, so fordert es Pro Senectute, soll der Antragsprozess vereinfacht werden.

Auch im Abstimmungskampf zur 13. AHV-Rente wird über die Ergänzungsleistungen gestritten. Gemäss Initiativtext sollen auch EL-Bezüger eine zusätzliche Monatsrente erhalten. Die Ergänzungsleistungen dürfen bei Annahme der Initiative aber nicht gekürzt werden. Heisst: Die 13. Rente soll bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen nicht miteinbezogen werden.

Die Gegner einer 13. AHV-Rente weisen darauf, dass mit den Ergänzungsleistungen bereits ein austariertes Instrument zur Unterstützung jener Rentner existiere, die nur über geringe finanzielle Mittel verfügen. Damit gewährleiste man die Existenzsicherung aller Rentner. Zudem arbeite das Parlament bereits an einer Lösung, um die ärmsten Rentnerhaushalte zusätzlich zu entlasten. Der Nationalrat hat im Dezember einer Motion zugestimmt, welche eine Verbesserung der Renten für die tieferen Einkommen vorsieht. Damit diese Massnahme nicht einfach anstelle der Ergänzungsleistungen tritt, sollen «entsprechende Anpassungen in der EL vollzogen werden». Auf diesen parlamentarischen Vorstoss verwies jüngst auch Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider. Nicht alle seien auf eine 13. AHV-Rente angewiesen, so die SP-Bundesrätin, «zielgerichtete Massnahmen sind kohärenter».

Für die Initianten ist derweil klar: «Ergänzungsleistungen sind keine Lösung für das Rentenproblem.» Es handle sich dabei um ein wichtiges Instrument, «eine Art Backup», um Menschen in Notlagen zu helfen. «Aber sie sind kein Mittel gegen flächendeckend ungenügende Renten», sagt Gabriela Medici vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Stattdessen gelte es, mit einer zusätzlichen AHV-Rente den Kaufkraftverlust auszugleichen. Wer sein Leben lang gearbeitet habe, der verdiene im Alter eine «anständige Rente» – ohne dass er jede Arztrechnung einzeln ausweisen müsse.

Die Dämonen der Vergangenheit

Nach dem Comeback steht der Genfer Regierungsrat Pierre Maudet bereits in der Kritik seiner Angestellten. Zudem muss er vor Gericht.

Julian Spörri

GENÈ. Es hat Seltenheitswert, wenn hierzulande ein Regierungsrat vor Gericht steht. Doch heute kommt es in Genf zu dieser Situation. Verantwortlich dafür: Gesundheits- und Verkehrsminister Pierre Maudet. Der Genfer schaffte letzten Frühling die Rückkehr in die Kantonsregierung, welcher er bereits von 2012 bis 2020 angehört hatte – ehe er über eine Reise nach Abu-Dhabi strachelte.

Vor Gericht geht es um ein Aufeinandertreffen abseits der Politik: Die Genfer Polizei brummt Maudet eine Geldstrafe von 2100 Franken auf, weil er mit seinem Fahrzeug ein anderes Auto angefahren und den Unfallort verlassen haben soll. Der Fahrer des beschädigten Autos verfolgte ihn und meldete sein Kennzeichen der Polizei. Für sie besteht kein «ernsthafter Zweifel» an der Fahrerflucht. Dagegen bestreitet der Politiker, den Zusammenstoss bemerkt zu haben, und ficht die Strafe an.



Pierre Maudet steht heute vor dem Genfer Polizeigericht.

BILD KEY

Der Fall wird vor dem Genfer Polizeigericht verhandelt – jenem Gericht also, das Maudet bereits 2021 wegen der bezahlten Abu-Dhabi-Reise schuldig gesprochen hatte. Die Verurteilung wegen eines Korruptionsdelikts ist mittlerweile rechtskräftig.

Kritik am Führungsstil

Der Auftritt von Maudet vor Justitia ist nicht das einzige Déjà-vu. Im Gesundheitsdepartement rumort es: In Westschweizer Medien sprachen Angestellte von einem «schrecklichen Arbeitsklima», von «Demütigungen» und «ständiger Unruhe». Am Pranger steht Maudets «autoritärer» und for-

dernder Führungsstil. Ähnliche Kritik gab es bereits in Maudets früherer Amtszeit. Ein Expertenbericht beschrieb 2020 schwere Mängel bei seinem Management. Der Genfer Staatsrat entzog ihrem Regierungskollegen daraufhin ihre Regierungsfunktionen. Auch jetzt wurde die Regierung aktiv: Sie konsultierte die Gruppe von Vertrauenspersonen, die innerhalb der Verwaltung für Arbeitsstreitigkeiten zuständig ist. Zudem äusserte sie sich am Freitag zu einem dringlichen Vorstoss aus dem Parlament. Darin weist der Staatsrat darauf, dass die krankheitsbedingten Ausfälle im Gesundheitsdepartement nicht zugenommen hätten und eine Zufriedenheitsumfrage beim Personal laufe.

Maudet wehrt sich gegen die Vorwürfe. Er sei gewählt worden, um Entschiede zu treffen. Diese könnten Widerstände innerhalb der Verwaltung hervorrufen, sagte er der «Tribune de Genève». «Ich neige dazu, schnell handeln zu wollen, für manche vielleicht zu schnell.» Zugleich betonte der 45-Jährige, dass er die «Lektionen aus der Vergangenheit» gelernt habe. Ähnlich äusserte er sich bereits nach seinem glücklichen Comeback.

Politisch gab sich der einstige FDP-Mann einen neuen Anstrich: Mit seiner Bewegung «Libertés et Justice sociale»

stellt er sich gegen das Links-Rechts-Schema. Gelang es Maudet, politisch aus alten Mustern auszubrechen?

Genfer Polit-Exponenten sind sich einig. «Er ist ein Ex-FDPLer und hat seine rechten Werte nie aufgegeben», sagt Delphine Klopfenstein, Präsidentin der Genfer Grünen. «Er ist eine rechtsgerichtete Person», meint ihr Pendant bei der FDP, Pierre Nicollier.

Im Parlament politisiert «Libertés et Justice sociale» Mitte-rechts. Das zeigt eine Auswertung von «Le Temps». In 71 Prozent der Abstimmungen entschieden Maudets Mitstreiter bislang gleich wie die Mitte, gefolgt vom Mouvement Citoyens Genevois (62 Prozent) und der FDP (58 Prozent).

Kantonale Krankenkasse entzweit

Die grösste Meinungsverschiedenheit mit der Ratsrechten gab es im Oktober: Dank linker Unterstützung brachte Maudets Partei ihren Vorstoss für eine kantonale Krankenkasse durch – eine nationale Premiere. Die öffentliche Kasse soll die Kontrolle und Transparenz im Gesundheitswesen erhöhen. Die Regierung muss das Vorhaben nun prüfen. Es handelt sich um ein Wahlversprechen von Maudet.

Dass der Genfer eine linke Idee verfolgt, überrascht Politologe Pascal Scia-

rini nicht: «Schon in der früheren Amtszeit war Maudet ein fundamentaler Rechter, der jedoch auch mal mit linken Einfällen auffiel.» So ermöglichte er etwa als Genfer Sicherheitsdirektor über tausend Sans-Papiers das Bleiberecht.

Diesen Kurs schein Maudets Partei nun auch im Parlament zu fahren, sagt Sciarini. Das erhöhe die Unberechenbarkeit der Genfer Politik, berge jedoch das Potenzial für neue Koalitionen und Lösungen für Blockade-Situationen.

Mit einer solchen war Maudet als Mobilitätsminister bereits konfrontiert. Sein Vorgänger Serge dal Busco (Mitte) wollte die Ausweitung der Tempo-30-Zonen per Dekret durchpeitschen. Die Bürgerlichen schalteten wegen der «Anti-Auto-Politik» gar die Justiz ein.

Unter Maudet scheinen sich die Wogen geglättet zu haben. Vertreter diverser Parteien können seinem jüngst veröffentlichten Mobilität-Aktionsplan Positives abgewinnen. Mitte-Präsident Jacques Blondin sagt: «Maudet hat gut daran getan, mit allen Interessensgruppen einen runden Tisch zu organisieren und sie stärker einzubinden.» Der Genfer hat die kooperative Arbeitsweise also drauf. Bleibt die Frage, ob er dieses Gesicht auch innerhalb der Verwaltung zeigt.